

Wir brauchen eine Rohstoffwende – jetzt!

14. Entwicklungspolitische Herbstkonferenz des DEAB mit Staatssekretär Dr. Patrick Rapp, Wirtschaftsministerium

Stuttgart: Der Bedarf an metallischen Rohstoffen wird in Baden-Württemberg als bedeutendem Wirtschaftsstandort im Zuge der Energiewende und der Digitalisierung weiter steigen. Die Folgen des Rohstoffabbaus weltweit sind vielerorts dramatisch: Kinderarbeit, vergiftetes Grundwasser, Zerstörung wertvoller Ökosysteme u.a.m. Doch eine Wirtschaftspolitik, hin zu mehr globaler Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, ist möglich. Dies machte die 14. Entwicklungspolitische Herbstkonferenz des Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB) am 11. November 2024 unter dem Titel „Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung von Rohstoffgerechtigkeit“ mit Staatssekretär Dr. Patrick Rapp, Wirtschaftsministerium BW, der entwicklungspolitischen Sprecherin Catherine Kern (Grüne) sowie mit Expert*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und zahlreichen Gästen deutlich.

Staatssekretär Dr. Patrick Rapp, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus BW betonte: „Die industrielle Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs hängt entscheidend davon ab, dass zahlreiche, oft als ‚kritisch‘ eingestufte Rohstoffe verfügbar sind – jederzeit und zu angemessenen Preisen“. Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung sagte er: „Als Wirtschaftsministerium können wir durch die Förderung von Innovationen zur Steigerung der Effizienz bei der Ressourcennutzung einen wesentlichen Beitrag leisten. Dies dient der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und in gleicher Weise dem Klima- und Ressourcenschutz.“

„Mit der Ressourceneffizienzstrategie – die dieses Jahr überarbeitet wurde – ist das Land einen ersten wichtigen Schritt gegangen“, so Felix Roll, Eine Welt-Fachpromotor für nachhaltige öffentliche Beschaffung und Unternehmensverantwortung. Jetzt gelte es, diese umzusetzen und vor allem auch den Blick auf die Menschenrechtsverletzungen beim Abbau der Rohstoffe zu lenken. Roll fordert: „Angesichts des enormen Verbrauchs benötigen wir eine Rohstoffwende, die drei Ziele verfolgt: Den Ressourcenverbrauch reduzieren, verpflichtende Regelungen für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards – z.B. eine ambitionierte und europarechtskonforme Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes ins deutsche Recht – und die Beendigung der Kolonialen Kontinuitäten.“

Über die Folgen des Rohstoffabbaus im Globalen Süden informierten drei Expert*innen. Sie veranschaulichten anhand aktueller Beispiele die gravierenden Folgen für die dort lebenden Menschen und die Umwelt. Dr. Gunne Dolgor Guntsetseg, Netzwerkkoordinatorin des Eine Welt-Promotor*innen Programms in Baden-Württemberg, DEAB, betont: „Auch deutsche Unternehmen tragen die Verantwortung für die Auswirkungen von Rohstoffabbau in Ländern des sogenannten Globalen Südens, sie tragen Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen und für Landraub, für Verschmutzungen der Gewässer und der Luft. Dies ist unabhängig von autokratischen Regierungen zu betrachten, denn Autokratien plündern ihre ärmeren und oft auch indigenen Bevölkerungsgruppen. Um Rohstoffgerechtigkeit und langfristige Sicherheit zu garantieren, braucht es den Kontakt zur lokalen Bevölkerung, um zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken und die Demokratiebildung zu fördern. Denn Gerechtigkeit kann nur in Zusammenarbeit mit einer starken lokalen Zivilgesellschaft umgesetzt werden.“

Die anschließende Podiumsdiskussion machte deutlich: Die Zivilgesellschaft möchte eine Stimme in politischen Gremien erhalten. „Mehr Mitsprache, mehr weltweite Gerechtigkeit“, so die Forderungen

der Teilnehmenden der Herbstkonferenz, die von „Jugend trifft Politik“ organisiert und moderiert wurde.

Kontakt:

Dr. Gunne Dolgor Guntsetseg
DEAB-Geschäftsstelle
Vogelsangstraße 62
70197 Stuttgart
Tel. 0711 6648 7360
guntsetseg@deab.de

Fotos zur Veranstaltung senden wir Ihnen gerne zu.

Mehr zum Thema Rohstoffgerechtigkeit

Der DEAB führt gemeinsam mit der Werkstatt Ökonomie und dem ifeu-Institut eine Studie zur Rohstoffgerechtigkeit in BW durch. Diese untersucht, woher die Industrie im Land ihre Rohstoffe bezieht, welche Risiken in den Lieferketten bestehen und welche Schritte das Land hin zu mehr Rohstoffgerechtigkeit unternehmen kann. Die Ergebnisse der Studie werden auf der nächsten Entwicklungspolitischen Herbstkonferenz des DEAB am 17.11.2025 in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft präsentiert.

Das ist der DEAB: 179 entwicklungspolitische Organisationen und Netzwerke in Baden-Württemberg, insgesamt über 400 Gruppen und Organisationen, bilden den Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB). Zentrale Aufgaben des 1975 gegründeten Dachverbands sind die Förderung seiner Mitglieder und die politische Vertretung ihrer Anliegen gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Der DEAB ist Herausgeber des Journals Südzeit und Träger des Eine Welt-Promotor*innen-Programms sowie des Interkulturellen Promotor*innen-Programms. Information: www.deab.de